



STELLUNGNAHME

Essen, 13.04.2015

Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW zur Anhörung von Sachverständigen in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 22. April 2015

**Antrag der PIRATEN-Fraktion, Drucksache 16/7408:
„Pädagogische Qualität der Offenen Ganztagschule stärken und Angebote bedarfsgerecht ausbauen“**

Seit über zehn Jahren gibt es an Grund- und Förderschulen das Angebot der Offenen Ganztagschule (OGS). In dieser Zeit haben gab es in fast allen Kommunen eine deutliche quantitative Steigerung bei der Zahl der angemeldeten Kinder in den Grundschulen mit offenen Ganztagsangeboten. Die GEW kritisiert allerdings, dass sich die Qualität der Angebote bis heute kaum verbessert hat.

Die aktuelle Situation in den Schulen und die damit verbundenen Herausforderungen und Anforderungen an die OGS sind größer und vielfältiger geworden:

- Immer mehr Kinder benötigen eine regelmäßige, auch oft intensive sozialpädagogische Betreuung und eine gute Förderung in unterschiedlichen Bereichen.
- Im Rahmen von Inklusion werden immer mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den OGS angemeldet. Sie brauchen eine besondere Unterstützung, die durch die pauschale Zuweisung von Geldern für die Betreuung von Kindern mit dem Förderschwerpunkt der Lern- und Entwicklungsstörungen nicht im erforderlichen Umfang gewährleistet ist.
- Die OGS sollen außerdem auch zur Integration der aus anderen Ländern neu zugereisten oder geflüchteten Kinder beitragen und erhalten damit neue Aufgaben, für die sie nicht vorbereitet oder ausgestattet sind.

Finanzielle und pädagogische Rahmenbedingungen

Die finanziellen Rahmenbedingungen für die OGS reichen nicht aus, um die Anforderungen, die z.B. im Ganztagserlass an die OGS gestellt werden, zu erfüllen. Ohne hohe Zuschüsse der Kommunen ist die Einstellung von qualifiziertem Personal nicht finanzierbar. Noch immer gibt es viele prekäre Arbeitsverhältnisse für die OGS-MitarbeiterInnen, d.h. MitarbeiterInnen in der OGS werden nur Teilzeitverträge angeboten, die oft befristet sind und nicht analog zum TVöD bezahlt werden, oder Beschäftigungen im Rahmen von 400€-Verträgen. Dies führt u.a. zu einer hohen Fluktuation bei den MitarbeiterInnen und zu einer deutlichen Qualitätseinbuße. Für die Arbeit in den OGS werden aus Sicht der GEW multiprofessionelle Teams u. a. HeilpädagogInnen, LogopädInnen, MotopädInnen mit entsprechender Bezahlung gebraucht, die die hohen Ansprüche an die Arbeit in den OGS und eine individuelle Förderung der Kinder gewährleisten können.

Auch zehn Jahre nach Einführung der OGS gibt es in NRW keine einheitlichen Standards für die Betreuung, so dass neben guter Betreuung in Städten, die selber noch zusätzliche Zuschüsse zur OGS-Finanzierung einbringen können und der Betreuung in Kommunen mit Haushaltssicherung sehr große Unterschiede bestehen. Vielfach können die Kinder nur aufbewahrt, aber anregende pädagogische Programme nicht angeboten werden. Derzeit zeichnen sich in einigen Kommunen, wie z.B. in Essen, steigende Elternbeiträge zur Finanzierung der OGS ab. Die Teilnahme an einer Ganztagschule darf aber aus Sicht der GEW nicht von der Finanzkraft der Kommune oder der Eltern abhängen.

Im Rahmen der schulischen Inklusion tritt für die OGS ein weiteres Problem auf. So werden IntegrationshelferInnen oft nicht für die Betreuung in der OGS finanziert, da es sich um ein „freiwilliges Angebot“ handelt. Das hat zur Folge, dass Kinder mit Beeinträchtigungen keine Chance haben, mit den KlassenkameradInnen den Nachmittag zu verbringen und eine zusätzliche Förderung zu erhalten. Die GEW fordert, dass der Einsatz von IntegrationshelferInnen nicht auf den Unterrichtsvormittag beschränkt bleiben darf. Hier sind eindeutige Neuregelungen erforderlich.

Für die GEW steht außer Frage, dass die Qualität der OGS und deren Akzeptanz unmittelbar von ihren Rahmenbedingungen abhängen. Aus Sicht der GEW sollen die OGS nicht nur aus Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung bestehen, sondern vielfältige Fördermöglichkeiten in den Bereichen Sport, Kultur, Sprache, Mathematik, Naturwissenschaften etc. anbieten können. Dazu benötigen die OGS qualifiziertes Personal, genügend Räume, bessere Finanzausstattung und Kooperationspartner aus den verschiedenen Bereichen.

Forderungen der GEW

Die GEW fordert von der Landesregierung die Festlegung von Mindeststandards für die personelle Ausstattung der OGS, die von allen Trägern eingehalten werden müssen und für die die Finanzierung gewährleistet sein muss. Dazu gehören u.a.:

- zwei hauptamtliche pädagogische ausgebildete BetreuerInnen pro Gruppe mit voller Stelle und einem unbefristeten Vertrag;
- Bezahlung des Personals nach TVÖD;
- Unterstützung durch weitere MitarbeiterInnen;
- Vertretungskräfte für den Krankheitsfall;
- zusätzlich Küchenkräfte, die nicht vom allgemeinen pädagogischen Personal abgezogen werden;
- Einstellung von IntegrationshelferInnen in der OGS;
- ab der 3. Gruppe eine Verwaltungskraft.

Weiterentwicklung zur gebunden Ganztagsgrundschule

Auch wenn die OGS entsprechend ausgebaut und durch eine gute Finanzierung ihr Angebot qualitativ verbessern werden könnte, bleibt diese Form der Schulorganisation ein additives Modell, das z.B. immer Kinder ausgrenzt, deren Eltern die Teilnahme nicht bezahlen können oder wollen. Aber auch die pädagogisch sinnvolle Verbindung von Vor- und Nachmittag im Rahmen einer Rhythmisierung des Schultages ist in der OGS nicht möglich. Dies ist nur umsetzbar, wenn alle Kinder den Ganzttag besuchen.

Die GEW fordert deshalb seit Jahren einen Ausbau der Grundschulen zu gebundenen Ganztagschulen. Die OGS können nur ein Zwischenschritt sein auf dem Weg zu einem Ganztagsmodell, das eine optimale individuelle Förderung jedes Kindes ermöglicht.